

Bewegung für Sozialismus
FÖJ

offensiv links

11 | Feb. '74

3 ZEITUNGSHERAUSGEBER
CONTRA POSTLER

4 DIE ZUCKERMAFIA ODER...

9 NÜTZT DER FRAU EIN
"JAHR..."

13 AUFMARSCH IM INDISCHEN
OZEAN

Inflation und Konjunktur am Beispiel der Autoindustrie

Solange die Inflation bei 3%-5% liegt, hat sie bloß Bedeutung für Wahlkämpfe und politische Polemiken. Beginnt sie aber über 10% zu steigen (in manchen Ländern im letzten Jahr bis über 20%), wird sie zu einer ernstesten Gefahr – auch für die Kapitalisten. Politiker beginnen sich zu überlegen, was dagegen getan werden kann. Traditionelle Wirtschaftspolitik empfiehlt, zu rasches Steigen der Preise mit einer Dämpfung der Konjunktur (oft auch Dämpfung der Nachfrage genannt) zu bekämpfen. Ins Konkrete übersetzt meint der Begriff Konjunkturdämpfung das doppelte Resultat von steigender Arbeitslosigkeit auf der einen Seite und stillstehenden Maschinen auf der anderen. Die Überlegung, damit den zu raschen Preisanstieg zu verringern, lautet: Wenn die Löhne weniger steigen, können die Arbeiter weniger ausgeben; um die Waren trotzdem loszuwerden, können die Unternehmer die Preise nicht mehr so erhöhen, wie sie es bisher getan haben. Das erklärt auch, weshalb die herrschenden Krisentendenzen von den Regierungen und den hinter ihnen stehenden Interessensgruppen ganz gern gesehen, ja teilweise gefördert werden (etwa in der Bauindustrie), um der Inflation Herr zu werden.

Der ganze Mechanismus kann aber nur funktionieren, wenn Einschränkung der Produktion kein Steigen der Stückkosten verursacht. Solange in vielen kleinen Unternehmen produziert wird, dürfte das auch weit-

gehend der Fall sein. Für die großen Konzerne stellt sich die Sache aber anders dar: Die riesigen Anlagen müssen sich amortisieren (ihre Ko-

sten hereingebracht werden), sie müssen abgeschrieben werden. Ein Fließband, das steht, verursacht

Fortsetzung auf Seite 3

TARIFERHÖHUNGEN SIND UNPOPULÄR

Werter Fahrgast!

Mit großem Bangen sahen Wir dem Jahreswechsel entgegen: Nachdem Wir beschlossen hatten, die Fahrpreise zu erhöhen, fürchteten Wir, daß Sie, meine lieben Wienerinnen und Wiener darüber empört sein könnten und dieser Empörung auch irgendwie Ausdruck verleihen. Haben Uns doch die Erfahrungen in Deutschland gezeigt, daß die Bevölkerung es sich oft gar nicht mehr gefallen lassen will, was Stadtväter beschließen: Riesige Demonstrationen, Unterbrechungen des Verkehrs, ja sogar Gewalt gegen öffentliche Ordnungshüter waren die Folge von Tarifierhöhungen. Geplante Erhöhungen mußten in manchen Städten zurückgenommen werden. Gott sei Dank, war dem bei uns nicht so! Sie, meine lieben Wienerinnen und Wiener verhielten sich ruhig, und dafür wollen Wir Uns bei Ihnen bedanken.

Sicherlich, Wir hätten das notwendige Geld auch aus den Profiten der Unternehmer holen können. Aber welche Komplikationen hätte das gebracht. Die Unternehmer hätten sich das sicherlich nicht gefallen lassen, so wie Sie es taten. Diese Herren kommen immer gleich gelaufen, wenn es um ihr Geld geht. Außerdem verkehren Wir mit diesen Leuten in Konditoreien, Theatern und auf Ballen, und es wäre gar nicht schön, wenn sie Uns dabei nicht mehr zulächelten.

Mit Ihnen, geschätzter Fahrgast verkehren Wir nur bei Wahlen. Wir lächeln Ihnen von Plakatwänden und Wahlveranstaltungen zu. Sie wählen Uns. Das genügt.

Damit sich das nicht ändere – Wir müssen ja die Tarife in einiger Zeit wieder erhöhen, da Wir ja keines der Probleme lösen konnten – wollen Wir mit Ihnen anstoßen, sehr geschöpfter Fahrgast, Wir mit Sekt-Orange, Sie mit Schwächater, dessen Profitinteressen Wir ja vertreten.

Ihr Bürgermeister

hat das nicht geschrieben, er hätte es aber tun können

SICHERHEIT HAT IHREN PREIS

Man muß den wirklichen Druck noch drückender machen, indem man ihm das Bewußtsein des Drucks hinzufügt, ...man muß diese versteinerten Verhältnisse dadurch zum Tanzen bringen, daß man ihnen ihre eigene Melodie vorsingt !

KARL MARX

offensiv links

OFFENSIV, weil Verhältnisse, die drücken, sich nicht von selbst verändern.

LINKS, weil wir Widersprüche aufdecken, Erfahrungen ins Bewußtsein rufen, Probleme verallgemeinern, die die Überlebtheit, ja Lebensgefährlichkeit des Kapitalismus offenlegen - bei uns in Österreich und in der Welt. Links, weil wir die Sackgassen in der Entwicklung der sogenannten sozialistischen Länder auch als solche kennzeichnen.

offensiv links - solidarisch mit allen Kämpfen gegen Ausbeutung und Unterdrückung, solidarisch mit allen Bewegungen für den Sozialismus.

ERSCHEINUNGSORT: WIEN
VERLAGSPOSTAMT/1040 WIEN

"offensiv links"

Eigentümer, Herausgeber, Verleger und Vervielfältiger: FÖJ-Bewegung für Sozialismus, für den Inhalt verantwortlich: Alfred Prandl, alle 1040 Wien, Belvederegasse 10.

Redaktion: 1090 Wien, Porzellangasse 33a, Tel.: 34-67-145
Vertrieb: 1040 Wien, Belvedereg. 10
Tel.: 65-19-52

Namentlich gekennzeichnete Artikel müssen nicht die Meinung der Redaktion wiedergeben.

Einzelpreis: S 5,-
Abonnement: S 50,- jährlich

Kontonummer:
223-102-976, Länderbank Wien

INFORMATIONEN - und SCHULUNGSREIHE der GE-Wien

- Mittwoch, 19. Feber : Die Gewerkschaftliche Einheit - ihre Möglichkeiten, Aufgaben und Ziele
Mittwoch, 26. Feber : Grundzüge des österreichischen Arbeitsrechts
Mittwoch, 12. März : Der Lohn in der Gesellschaft und in der Wirtschaft
Mittwoch, 19. März : Grundlagen für Betriebsräte und jene, die Betriebsräte werden könnten
Mittwoch, 26. März : Überblick über das österreichische Sozialrecht
Mittwoch, 2. April : Arbeitsverfassung
Mittwoch, 9. April : Die internationale Gewerkschaftsbewegung
Mittwoch, 23. April : Automation - Rationalisierung und Rationalisierungsschutz
Mittwoch, 14. Mai : Unmittelbarer Schutz von Arbeitnehmerinteressen
Mittwoch, 21. Mai : Die GE und der Sozialismus

Veranstaltungsort:

Sitzungssaal der GE, 1090 Wien, Porzellangasse 33a, Stiege 4/Parterre
Beginn: 17.30 Uhr, Dauer 2 Stunden

In einer Aussprache zwischen Vertretern der FÖJ-Bewegung für Sozialismus, Arbeitskreis Betriebspolitik, der GE-Privatan gestellte und der Arbeitsgemeinschaft für Gewerkschaftliche Einheit wurde, um den dringendem Bedürfnis nach mehr systematischer und gezielter Schulungstätigkeit nachzukommen, beschlossen, eine Schulungsreihe der Gewerkschaftlichen Einheit durchzuführen.

Diese soll zehn Abende, jeweils zwei Montage pro Monat umfassen und immer in der Zeit von 17.30 bis 19.30 Uhr stattfinden. Die Veranstaltung setzt sich mehrere Ziele:

1. Sie soll ein Beitrag zur Profilierung der Gewerkschaftlichen Einheit in gewerkschafts- und gesellschaftspolitischer Hinsicht sein.
2. Sie soll unseren Betriebsräten und Funktionären die Möglichkeit geben, ihr Wissen auszubauen und offene Probleme zu klären.

3. Sie soll allen an der Betriebs- und Gewerkschaftsarbeit Interessierten Einblick in die Arbeit vermitteln und Grundlage für die Erringung weiterer Betriebsratspositionen schaffen.

Die Leitung der Schulungsreihe wird sich bemühen, für die einzelnen Themen kurze Skripten herzustellen, deren Sammlung durch die Kursteilnehmer eine gute Hilfe für die zukünftige Arbeit darstellt. Natürlich wäre es für unsere Tätigkeit nützlich, wenn sich ein Kreis von Teilnehmern findet, der die Schulungsreihe zur Gänze mitmacht.

Diese ersuchen wir, von der nachstehenden Anmeldung Gebrauch zu machen.

Natürlich steht es interessierten Kolleginnen und Kollegen auch frei, einzelne Schulungsabende zu besuchen.

ANMELDUNG

ZUR SCHULUNGSREIHE DER GEWERKSCHAFTLICHEN
EINHEIT

Vor- und Zuname: geb. :
Anschrift:
Allfällige Funktion:

Wir ersuchen Sie, die Anmeldung auszuschneiden und an folgende Adresse zu senden:

Gewerkschaftliche
Einheit

1092 Wien, Postfach 3

Inflation... Fortsetzung von Seite 1

dennoch Kosten; eine Anlage, die nicht arbeitet, veraltet dennoch, sie muß nach einer gewissen Periode erneuert werden. Die Konzerne pfeifen daher auf die traditionelle Wirtschaftstheorie – sie erhöhen die Preise.

Genau das ist die Situation in der Autoindustrie: Wenige Unternehmen mit riesigen Stückzahlen in vielen Produktionsstätten. Sinkt der Absatz und damit die Produktion, so stehen diese riesigen Anlagen still. Da sie dennoch investiertes Kapital darstellen, müssen sie einen bestimmten Profit abwerfen. Also werden die Preise der Autos erhöht – der Absatz sinkt weiter. Kleine Unternehmer gehen bei dieser Konzernpolitik irgendwann zugrunde, und die Arbeiter werden auf die Straße gesetzt. Auch jetzt, wie in jeder Krise, nimmt die Zahl der Konkurse stark zu. Die großen Konzerne aber dürfen nicht in Konkurs gehen, denn da steht zu viel auf dem Spiel. Keine Regierung kann es hinnehmen, daß mit einem Schlag zehntausende Arbeiter arbeitslos werden – ihre mögliche Radikalisierung könnte das ganze System in Frage stellen. So versuchen die Regierungen immer wieder, Großkonzerne zu stützen, was auch einschließt, entsprechenden Preiserhöhungen zuzustimmen. Diese erhöhten Preise gehen in anderen Bereichen als steigende Kosten ein und verursachen dort ein Steigen der Preise.

Das heißt: Dämpfung der Konjunktur als Heilmittel gegen Inflation gepriesen, bringt einen Zug zur Inflation mit sich. Die Katze beißt sich in den Schwanz – an dem heute für viele der Kapitalismus zu stinken beginnt.

Zeitungsherausgeber kontra Postler

Die Unzufriedenheit der Postler mit der derzeit geltenden Regelung der Samstagzustellung von Zeitungen wuchs mit der Einführung der 40-Stundenwoche derart, daß sogar die Postgewerkschaft nicht darüber hinweggehen konnte.

So kam es zu dem Beschluß, die Überstunden und damit den postalischen Zeitungsversand einzustellen. Dies wieder empörte verständlicherweise den Zeitungsherausgeber-Verband (selbst die Volksstimme berichtete neutral und nahm nicht eindeutig für die Kampfmaßnahmen der Postler Stellung). Bedenklicher ist die un-solidarische Haltung der Gewerkschaft Druck und Papier bzw. der Journalistengewerkschaft. (Aber, Günther, Günther !)

Bewußt werden zwei Dinge miteinander vermischt, um die "Volksmeinung" gegen die Postler aufzuwiegeln. Und zwar: Soll der Samstag zum zweiten Sonntag in der Woche degenerieren oder soll nur für den Zeitungsversand – der sonstige Postversand an Samstagen ist ebenso eingestellt, obwohl er sicher lebensnotwendiger wäre – eine Sonderregelung getroffen werden.

Dies bedeutet eine unsachliche Verknüpfung der Probleme. Die öffentlichen Dienstleistungen auch an Samstagen zu garantieren, ist ein weit schwierigeres Problem. Hier gilt es Regelungen zu treffen, die

jenen, die in diesen Bereichen tätig sind, solche Begünstigungen einräumen, daß sie ohne Verzicht auf die 5-Tage-Woche bei 40-stündiger Arbeitszeit bereit sind, an Samstagen zu arbeiten.

Bezeichnend für den Konflikt ist die Haltung der Massenmedien. Wider besseren Wissens schreiben sie von "Poststreik", um die Haltung der Postler zu diffamieren. Eines ist ihnen nämlich gelungen, den "Streik" als ein in der Sozialpartnerschaft unzulässiges Kampfmittel hinzustellen, es sei denn Ärzte, Professoren oder andere "benachteiligte" Schichten streiken.

Die Postler streikten nicht. Sie weigerten sich nur, im Zusammenhang mit der Einführung der 40-Stunden-Woche unzumutbare Mehrbelastungen auf sich zu nehmen.

Wie sagte doch ein Briefträger: "Für zwei Samstagüberstunden (damit ist der ganze Vormittag verpatzt) bekomme ich netto S 64,-; das zahlt sich nicht aus."

Recht hat er. Für die Zeitungsherausgeber, die sich weigern, einen eigenen Zustellapparat aufzubauen, zahlt es sich aus, denn für einen Betrag von 34 Millionen Schilling entstehen der Post Kosten von 37 Millionen Schilling.

Wir sind für Sozialtarife, aber doch nicht für die Unternehmer !



①

DIE LINKEN,
DAS SIND...



③

... UND MEINEN KÜHL-
SCHRANK VERSTAATLICHEN...



⑤

... UNSERE WIRT-
SCHAFT UND...



... DIE DEMOKRATIE
RUINIEREN...



⑥

... UND SCHWEINKRAM
MIT DEN FRAUEN
MACHEN !

... UNHEIMLICH
GEFÄHRLICHE SPINNER...

... DIE WOLLEN OMAS
HÄUSCHEN...

Die Zuckermafia oder der gewöhnliche Kapitalismus

DAS ZUCKERKARTELL

Marchfelder Zuckerfabrik

AKTIONÄRE: Bankhaus Schöller	54 %
Rübenbauernbund für Wien und NÖ.	12 %
Eigene Aktien	7 %
Streubesitz	27 %

Tullner Zuckerfabrik AG

AKTIONÄRE: Raiffeisenzentalkasse Wien und NÖ.	51 %
Rübenbauernbund für Wien und NÖ.	25 %
Genossenschaftliche Zentralbank	10 %
Niederösterreichische Landwirtschaftskammer	9 %
Verband ländlicher Genossenschaften	3 %
Niederösterreichischer Bauernbund	2 %

Hohenauer Zuckerfabrik der Brüder Strakosch KG

GESELLSCHAFTER: Familie Strakosch

Ennser Zuckerfabrik - AG

AKTIONÄRE: Hohenauer Zuckerfabrik	51 %
CA - BV	35 %
Rübenbauernbund für OÖ.	10 %
Belgische Familien- gruppe	4 %

Siegendorfer Zuckerfabrik C. Patzenhofers Söhne KG

GESELLSCHAFTER: Familie Patzenhofer

Brucker Zuckerfabrik GmbH

GESELLSCHAFTER: Marchfelder Zucker- fabrik	25 %
Hohenauer Zuckerfabrik	25 %
Ennser Zuckerfabrik	25 %
Siegendorfer Zuckerfabr.	25 %

Die vier Hauptgruppen und ihr Anteil an der Gesamterzeugungsquote:

SCHÖLLER BANK	16 %	LANDWIRTSCHAFT	23 %
FAMILIE STRAKOSCH	28 %	FAMILIE PATZENHOFER	16 %

Die Zuckerindustrie wird ihren Preis-
antrag durchsetzen, das geht gar nicht
nicht anders – das Gegenteil würde
erfordern, daß die Regierung weniger
liberal und antikapitalistischer wäre.
Aber mit Schlagworten allein ist es
nicht getan. Wir versuchen in diesem
Artikel zu zeigen, was in den Massen-
medien trotz ausführlicher Berichter-
stattung (oder gerade deshalb) nicht
gezeigt wurde.

Die Zuckerindustrie Österreichs hat,
als Industrie, eine Sonderstellung:
(siehe Tabelle) sechs Fabriken, die
von nur vier Gruppen beherrscht wer-
den und außerdem zu einem Kartell
zusammengefaßt sind, haben den
Status eines gesetzlich anerkannten
Monopols. Die beiden Schwerpunkte
des Zuckergesetzes sind:

1. Die Zuckerindustrie legt fest, wel-
che Bauern wieviel Hektar Zucker-
rüben anbauen dürfen, und be-
stimmt damit die Höhe der Produk-
tion – selbstverständlich nicht ge-
mäß dem schwammigen Begriff
des "volkswirtschaftlichen Bedarfs",
sondern nach dem weit weniger
schwammigen des "betrieblichen
Profits".
2. Liegt der Weltmarktpreis unter
dem Inlandspreis, so ist es unmög-
lich, Österreich mit billigem Aus-
landszucker zu versorgen. Impor-
teure müssen den Differenzbetrag
zwischen billigem Weltmarktpreis
und teurem Inlandspreis an der
Grenze zahlen.
Umgekehrt gilt diese Regelung
nicht: Liegt der Inlandspreis, wie
jetzt, unter dem Weltmarktpreis
(S 14, -), so hindert nichts die
österreichische Zuckerindustrie da-
ran, zu exportieren – ausgenom-
men einige wirkungslose Verord-
nungen des Handelsministers.

Inwieweit der in den Regalen fehlende Zucker exportiert wurde oder von der Industrie nicht freigegeben wird, wissen wir nicht. Es dürfte beides der Fall sein. Zahlen sind dafür verständlicherweise nicht verfügbar.

Es wäre jedoch falsch, das Verhalten der Zuckerindustrie als einmalig hinzustellen oder etwa durch die Machtposition dieser Industrie erklären zu wollen. Was uns hier seit fast zwei Monaten vorexerziert wird, ist die Politik, auf die sich offensichtlich der unternehmerische Teil der "Sozialpartner" in aller akademischer Öffentlichkeit stützt - akademisch deshalb, weil diese Politik genau dort dargestellt wird, wo sie sicher so leicht niemandem zugänglich ist: in der Österreichischen Zeitschrift für Politikwissenschaft.

" Die traditionellen Formen der Preiskontrolle haben sich im modernen Wirtschaftsprozess weithin überlebt. Der scharfe internationale Wettbewerb macht eine Preiskontrolle illusorisch, die sich vor allem am Kostendenken orientiert." (DDDr. Alfred Klose, Die österreichische Sozialpartnerschaft, in: Österreichische Zeitschrift für Politikwissenschaft, 3/74, S. 281)

Das soll heißen: Solange der Inlandspreis, ganz gleich welchen Produkts, über dem Weltmarktpreis liegt, gilt das "Kostenprinzip". Tritt der umgekehrte Fall ein, ist also der Inlandspreis niedriger als der Weltmarktpreis, so gilt, wegen des "scharfen internationalen Wettbewerbs", keineswegs dasselbe Prinzip. Jetzt verlangt die Industrie, unabhängig von ihrer Kostenentwicklung, den Weltmarktpreis. Das Kostendenken wird "illusorisch", an seine Stelle tritt das Profitdenken. (Fast unnötig zu sagen, daß die Löhne sich nie am Weltmarkt orientieren !)

Moralische Entrüstung über das Verhalten einer mächtigen Industrie, so berechtigt sie sein mag, genügt nicht. Denn das Zuckerkartell führt uns hier die "Neukonzeption der gesamten Preispolitik" (Klose, a. a. O.) vor, an die sich die österreichische "Wirtschaft" in Zukunft vermutlich halten wird.

Verzuckerter Kurier

Im Wiener Handelsregister liegt unter der Nummer B 13989 der Akt der "Kurier" Zeitungsverlag und Druckerei GesmbH auf.

Die letzte, derzeit gültige Gesellschafterliste wurde am 2.12.1974, also vor knapp zwei Monaten, erstellt.

<u>Gesellschafter</u>	<u>Stammeinlage</u>
Wochenpresse	1.000.000 S
Dr. Fritz Schönherr, Rechtsanwalt (1)	1.000.000 S
Tullner Zuckerfabrik	1.000.000 S

Jede dieser drei Gruppen stellt einen Geschäftsführer. In unserem Fall heißt das: Die Tullner Zuckerfabrik AG bestimmt sehr wesentlich die "Geschicke", sprich: Richtung, Standort und Thematik des Kurier.

Es ist aber höchstwahrscheinlich nur ein glücklicher Zufall, daß die Tullner Zuckerfabrik vor dem Zeitpunkt verstärkt in den Kurier eingestiegen ist, zu dem die Kampagne der Zucker "wirtschaft" zur Preiserhöhung begann. Der eigentliche Grund ist viel einfacher: Im Dezember stieg die Styria Verlagsgesellschaft endgültig aus dem Kurier aus, und zur Rettung des Abendlandes (vor der Kronen-Zeitung) mußte "die Wirtschaft" schnellstens einen Ersatz stellen: die Tullner Zuckerfabrik, die ihrerseits wieder die Genossenschaftliche Zentralbank und den Rübenbauernbund als Aktionäre hat (Mehrheit der GZB).

Eines ist jedoch festzuhalten: der Kurier ist ein Sonderfall unter den Massenmedien, ein einzigartiges Phäno-

men, das auch als solches verstanden werden muß. Kaum eine andere Zeitung der Welt wird so direkt und offensichtlich von "der Wirtschaft" beherrscht.

Das ist auch keineswegs notwendig. Zu einer Zeit, in der die Macht des Kapitals nicht mehr aus den Gewehrläufen, sondern aus den Köpfen der Menschen selbst kommt (Marcuse), übernehmen alle bürgerlichen Massenmedien "freiwillig" die Aufgabe, so zu schreiben, wie es dem Kapital gefällt.

Kaum eine österreichische Tageszeitung hat die Berichterstattung über den Zuckerpreis im wesentlichen anders betrieben als der Kurier. Der Kurier war nur eine Spur informierter und präziser in der Wiedergabe der Wünsche der Zucker "wirtschaft".

Am 24. Dezember etwa konnten wir auf Seite 1 unter dem Titel "Um 10 S gäb's genug Zucker" lesen: 'Der höhere Preis, argumentiert die Zuckerwirtschaft, würde die Rübenbauern zur Vermehrung der Anbaufläche animieren und die Zuckerernte 1975 auf rund 400.000 Tonnen steigen lassen. Wenn davon auch exportiert werden könnte, würde die Zuckerwirtschaft jetzt in ihre Taschen greifen und den Zucker importieren.'

Hier manipuliert der Kurier. Die Taschen, in die die Zuckerindustrie greifen wird, sind bei Gott nicht ihre eigenen.



Kommunalpolitik

Wiener Stadtbudget

Wegen der Aufregung über die Tarifierhöhungen ging ganz unter, daß auch gleichzeitig ein Budget beschlossen wurde. Dabei können sich die Summen durchaus sehen lassen: Einnahmen von 33,88 Milliarden stehen Ausgaben von 34,15 Milliarden gegenüber (= 20,3% mehr als 1974). Zum Vergleich: Salzburg gibt 2,8 Milliarden, Innsbruck 1,02 Milliarden Schilling aus. Das Wiener Budget ist also eher gering; schließlich ist Wien auch Bundesland und hat daher auch die Landesfunktion zu erfüllen. Allerdings: Stadtwerke und Verkehrsbetriebe sind eigene Wirtschaftskörper mit folglich eigener Bilanz und scheinen hier nicht auf, wohl aber der U-Bahnbau (mit 2,22 Milliarden Schilling). Die Einnahmen stammen zu 37,4% aus dem Finanzausgleich, zu 13% aus eigenen Steuern, zu 10% aus Gebühren und zu 39% aus "verschiedenem", worunter wirklich sehr Verschiedenes verstanden wird: von Pensionsbeiträgen bis zu Verwaltungsstrafen. Ausgegeben wird das Geld zu je einem Drittel für Personal- und Sachaufwand, zu einem starken Viertel für Investitionen und der Rest für Darlehen. Ein Detail am Rande: Für Dienstwagen sind 3,52 Millionen Schilling vorgesehen, gegenüber 1,27 Millionen Schilling im Vorjahr (= +170%). Den Stadtvätern kommt die Straßenbahn offenbar zu teuer. - Da Personal- und Sachaufwand weitgehend festgelegt sind, kann man ehestens aus den Investitionsausgaben Schlüsse auf die Gemeindepolitik ziehen. Zuerst: Sie sinken, was offiziell als Beitrag zur Stabilisierung umschrieben wird. Der Haupthappen fällt der U-Bahn zu - "für uns und unsere Kinder", - an zweiter Stelle kommt der Wohnungsbau - dazu ist die Gemeinde verpflichtet, zumindest in einem gewissen Umfang. Dann kommt gleich die Donauinsel ("Verbesserter Hochwasserschutz"). Krankenhäuser und Pflichtschulen sind

größtenteils auch gesetzliche Verpflichtungen. Wie wenig auf diesem Gebiet geschieht, mag folgendes zeigen: 24 Krankenhäuser (einschließlich psychiatrischer) stellen für ganz Wien bloß 20.000 Betten zur Verfügung. Und für Kinder stehen von seiten der Stadt Wien 20.000 (in Worten zwanzigtausend) Kindergartenplätze zur Verfügung. Zu schlechter letzt darf die UNO-City ("IAKW") noch mit einem erklecklichen Betrag mitnaschen. Pyramiden sind offenbar immer noch nicht aus der Mode gekommen. Alles in allem: vielleicht hätte es noch schlechter kommen können, siehe Innsbruck.

Finanzausgleich

Immer wieder wird vom Finanzausgleich gesprochen. Kaum jemand kann damit was anfangen. Hier nur ganz grob ein Begriff davon.

Die genauen Techniken sind ungeheuer kompliziert, handelt es sich doch um die Aufteilung der wichtigsten Einnahmen zwischen Bund, Ländern und Gemeinden. Also: Es gibt die sogenannten "Gemeinschaftlichen Bundesabgaben", worunter (nicht der Anzahl, aber dem Ertrag nach) fast alle Steuereinnahmen fallen. Eingehoben werden sie von den Ländern. Dann aber werden sie sofort dem Bund zugeführt, der sie dann wieder auf Länder und Gemeinden aufteilt, d.h., nachdem er sich etwa derzeit 60% einbehalten hat. Geregelt ist dies in einem meist fünfjährigen Finanzausgleichsgesetz, das seinerseits auf einem Finanzverfassungsgesetz beruht. Um sich einen Begriff zu machen: Neben dem Bund rangeln neun Bundesländer und ca. 2.500 Gemeinden sowie (nur de facto, nicht juristisch) etliche Hunderte von Gemeindeverbänden ums liebe Geld. Und wie sieht das derzeitige Ergebnis aus? Bevor wir uns die verfügbaren Zahlen von 1973 ansehen, muß noch betont werden, daß jede Steuer einen eigenen Aufteilungsschlüssel zwischen Bund, Ländern und Gemeinden hat

die endgültige absolute Aufteilung also nicht fix ist, sondern vom Steueranteil abhängt: verschiebt sich dieser (wie z.B. bei der Mineralölsteuer), dann verschiebt sich auch die endgültige Zuteilung. Nun also einige Zahlen für 1973. Von den 73 Milliarden Schilling (1975 wird man diese Zahl beinahe verdoppeln können, macht doch die Mehrwertsteuer allein voraussichtlich 62 Milliarden aus) gehen 31 Milliarden wieder zurück an Länder und Gemeinden. Das Verhältnis zwischen diesen letzteren ist etwa ausgeglichen, geht aber zugunsten der Gemeinden. Wir betrachten hier diese beiden einmal zusammen:

WIEN bringt davon ca. 43% auf, erhält aber bloß knappe 25% zurück. Überhaupt sinkt der Wiener Anteil ständig, seit es einen Finanzausgleich gibt. NIEDERÖSTERREICH bringt bloß 8% der Abgaben auf, erhält aber 17%. Dabei geht der größere Teil hier an das Land; die Gemeinden sind überschuldet. Das BURGENLAND trägt 1% bei, streicht aber 3% ein. Die Verhältnisse sind ähnlich wie in NÖ, nur schlimmer und noch rückständiger. In der STEIERMARK schließlich stehen 9% bei der Aufbringung 14% bei der Zuweisung entgegen. Hier ist Graz der "Herausreißer". Geberländer sind neben Wien in geringem Maß noch Salzburg und Vorarlberg, Empfängerländer alle übrigen.

Was hat das zu sagen? Innerhalb eines Wirtschaftsraumes sind die verschiedenen Gebiete sehr verschieden entwickelt. Überläßt man nun alles dem berühmten "freien Spiel der Kräfte", so werden sich die Differenzen vertiefen, denn es bilden sich Anziehungspunkte (entwickelte Arbeits- und Absatzmärkte: Muster Wien). Das aber behindert auf die Dauer die Gesamtentwicklung. Der bürgerliche Staat muß daher nicht nur die Unternehmer auf billige Arbeitskräfte aufmerksam machen - die würden sie selbst vielleicht auch finden -, sondern vor allem die benachteiligten Gemeinden und Regionen in die Lage versetzen, ihre Aufgabe zu erfüllen (Infrastruktur). Das ist der Sinn der Regionalpolitik. Der

Finanzausgleich ist eines der wichtigsten Mittel dabei.



Wir sind gewohnt, daß man in Wien jahrzehntelang von Projekten spricht, bevor sich etwas rührt. Der Franz-Josefs-Bahnhof ist schon lange im Gespräch. Seit kurzem rührt sich auch was – nämlich Arbeiter, die ihn abbrechen. Geplant ist eine Überdachung, die neue Hochschulgebäude (Welthandel) tragen soll. Allerdings bleibt die Frage, wozu diese derartig kostspielige Bauweise nötig ist, wenn sich darunter wieder nichts mehr rührt, nämlich kein Verkehr. Das Riesengelände soll nämlich so etwas wie ein Abstellgleis werden, ohne Bedeutung für den Wiener und den Zubringerverkehr. Wir gratulieren zur teuersten und möglicherweise schlechtesten Lösung: Die Linie wäre nämlich ziemlich sicher ausbaufähig.

Wenn wir schon beim Verkehr sind: Nachdem es um den ebenfalls schon weiß der Himmel wie lange geplanten Zentralbahnhof einiges Rumoren gab, ist in der letzten Zeit wieder alles still. So ganz unwichtig ist dies ja nicht, schließlich wird dieses Projekt erhebliche Auswirkungen auf die Umgebung haben. Westbahnhof, Südbahnhof oder Nordbahnhof? Von Information haben die Rathäuser noch nie viel gehalten. Oder gar Mitbestimmung der Betroffenen – das ist ein Tabu!!! Wir sehen wieder einmal, wie die Haltung der Gemeinde zu Stadtteilarbeit im einzelnen aussieht! Zusammenfassend hat sie ein "Verantwortlicher" einer Stadtteilgruppe gegenüber, die so naiv war und Unterstützung von der Gemeinde erwartet hat, charakterisiert: "Sie müssen sich politisch deklarieren!" Soll heißen: Wenn ihr nicht Parteimitglieder seid, könnt ihr uns.



Die Umstellung Wiens auf Erdgasversorgung wird sich um einiges verzögern, weil die Gemeinde angeblich – kein Geld für den Ersatz alter Zuleitungsstränge hat. Kommentar überflüssig.



Abo

Unsere Bücher (Reihe Schriften zum Klassenkampf, Trikont-Theorie, Trikont-Texte, Romane, Reportagen, Autobiographien, Frauenoffensive, Proletarische Front) können entweder insgesamt oder jede Reihe für sich abonniert werden. Abonnenten erhalten für die Preise einen Rabatt von 15%. Das Abo läuft für 1 Jahr unkündbar und kann dann vor Auslieferung der einzelnen Titel gekündigt werden. Wir können Auflagen und Preise besser kalkulieren, wenn ein großer Teil durch die Abos fest vorbestellt ist.

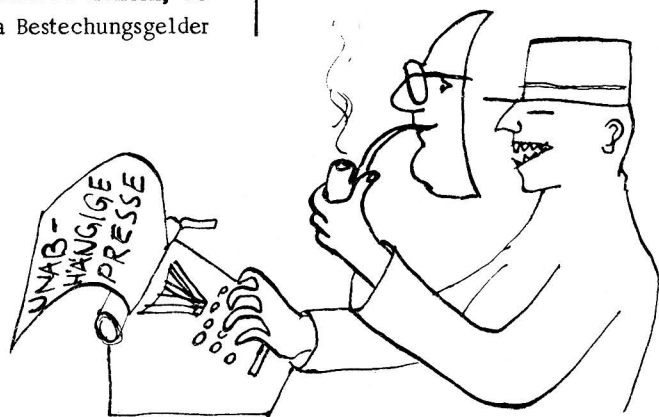


Schmiergelder für die »Presse«

Wie unabhängig, überparteilich und objektiv unser für Freiheit und Menschenrecht eintretendes österreichisches "Bürgerblatt in Großformat", unsere zu ihrem 100. Geburtstag vielgerühmte "Die Presse" tatsächlich ist, beweist ihre offensichtliche Unbestechlichkeit.

Zur Zeit der Militärdiktatur war die griechische Regierung verständlicherweise bemüht, alle Vorwürfe gegen sie als Verleumdung und kommunistische Hetze abzutun. Um sich eine entsprechende Berichterstattung durch Nachrichtenmedien zu sichern, bezahlte die Junta Bestechungsgelder

aus Budgetmitteln an ausländische Zeitungen. In einer, von der griechischen Zeitung "To Vima" veröffentlichten, detaillierten Liste, findet man neben "Financial Times" (Amerika), "Il Tempo" (Italien), der "Welt" und vielen anderen mehr auch mehrmals "Die Presse" angeführt, welche von 1970 bis 1974 insgesamt 81.507,- Schilling bezahlt bekam.



HEINZ KOLISCH
LIEBIGGASSE 9
43 32 21
1010 WIEN

BOOK POWER



Fristenlösung:

Lauft, so schnell ihr könnt - sonst seid ihr zu zweit..!

Der Mann ist der Herr im Haus. So stehts

Schon in der Bibel zitiert.

So steht es bis heute auch bei uns im Gesetz.

Der Zustand ist approbiert.

Die Frau sei dem Manne untertan.

Sie ist nur eine Frau. Er ist ein Mann.

Er darf befehlen. Was er sagt, das gilt.

(Er hat auch das schwerere Hirn).

Sie darf bitten und wünschen. Er aber befiehlt.

Am Himmel der Eh' das Gestirn

Das den Tageslauf regelt und leitet, ist er.

Denn er ist ein Mann. Darum ist er der Herr.

Der Spießbürger stützt sich auf dieses Recht;

Es gibt ihm den inneren Halt.

Am Arbeitsplatz zeigt er vielleicht sich als Knecht

Und katzbuckelt vor der Gewalt;

Zuhause jedoch - da stellt er den Mann.

Da ist er der Herrscher ! Da ist er Tyrann.

Ein klassenbewußter Arbeitermann

Der ist seiner Frau - Kamerad;

Der fängt das Herrschertheater nicht an;

Sie gehn' ja den gleichen Pfad !

Sie stossen den Karren gemeinsam voran

Verbunden in Arbeit und Kampf, Frau und Mann.

LISEL BRUGGMANN

Mit den Stimmen von heiligen, scheinheiligen, unheiligen Verängstigten und in Krankenhäusern halb dahingerafft, raffte die Aktion Leben letzten Endes doch noch an die 520.000 Unterschriften für ihr Volksbegehren zusammen.

"Geschafft" haben sie es mit einem ziemlich großen Propagandaaufwand, zuletzt mit einem riesigen Plakat. Der sanfte Gewissensterror von Pfarrern, Bürgermeistern, Lehrern und sonstigen "ehrenvollen Bürgern" tat ein Übriges.

Trotz dieser Vorgangsweisen erreichten sie die angestrebte Zahl von einer Million Unterschriften nicht.

Die Gegner der Fristenlösung hätten sich aber gar nicht so verausgaben müssen, denn die Gesetzesänderung selbst setzt genug Schranken und ist so unvollkommen, wie es eben sozialdemokratisch üblich ist. Ein Hintertürkl muß immer offen bleiben, in diesem Fall sieht es so aus: "Zwar ist die Abtreibung bis zum dritten Monat straffrei, aber wie wir gehört haben, hat keine Frau einen Rechtsanspruch darauf, daß der Schwangerschaftsabbruch auch wirklich durchgeführt wird."

Damit sind wir aber schon wieder sehr nahe daran, was bislang praktiziert wurde, nämlich, daß die Entscheidung wieder in den Händen der Ärzte liegt und diese darüber urteilen, ob ein Anspruch auf Abtreibung berechtigt ist, oder nicht.

Bedauerlicherweise gibt es nur eine geringe Anzahl von Kliniken in Österreich, die sich prinzipiell bereit erklärt haben, derartige Eingriffe vorzunehmen.

Wenn man berücksichtigt, was von verschiedenen Bundesländern und Ärzten bekannt gegeben wurde, nämlich, daß sie sich aus Gewissens- und sonstigen Gründen lieber an eine Indikationslösung halten, dann kann man sich vorstellen, wie problemlos

die Angelegenheit für die meisten Frauen aussieht, wenn sie ihren Entschluß, eine Abtreibung durchzuführen verwirklichen wollen !

Eine totale Überlastung der wenigen Krankenhäuser, die den Eingriff ohne Beschränkung vornehmen, ist jetzt schon gegeben.

Aber schon gibt es ausgezeichnete Ratschläge von höheren Stellen an die Frauen: "Kein Platz in Krankenhäusern? Dann steht es jeder Frau frei, zu einem freipraktizierenden Arzt zu gehen !" Da können wir nur allen jenen Frauen, die in solche Situationen geraten, wünschen, daß sie nicht mit dem gleichen Hinkfuß behaftet sind wie das neue Gesetz und es schaffen, innerhalb von drei Monaten einen akzeptablen Arzt zu finden.

Ein interessanter Brief

S.g. Herrn Landesrat
Rudolf Gallon
c/o Amt der Kärntner
Landesregierung
Arnulfplatz 2
9020 Klagenfurt

St. P., 74-11-18
13/ba

Sehr geehrter Herr Landesrat,

habe mit Interesse aus den Massenmedien Ihre Ausführungen im Hinblick auf die Durchführung bzw. Organisation von Abtreibungen in den Kärntner Landeskrankenanstalten entnommen.

In diesem Zusammenhang gestaute ich mir die Anfrage, ob Ihr Amt in der Lage und willens ist, gegebenenfalls größere Gruppen von niederösterreichischen Frauen entsprechenden Krankenhäusern in Ihrem Bundesland zuzuweisen. Es wäre denkbar, Gruppenreisen per Autobus nach Kärnten durchzuführen, was für die interessierten Niederösterreicherinnen zweifellos allfällige soziale Härten beseitigen würde.

Da die Zeit bis 1.1.75 nur mehr relativ kurz ist, darf ich Sie um einen möglichst raschen Bescheid bitten.

Mit freundlichen Grüßen



Dkfm. Herbert Binder
Linzer Straße 5
3100 St. Pölten

Herbert Binder ist Geschäftsführer des Niederösterreichischen Pressehauses St. Pölten, dessen Eigentümer die katholische Diözese St. Pölten ist. Binder ist einer der Hauptaktionisten der „Aktion Leben“ in St. Pölten und Vertrauter von Bischof Zak.

Nützt der Frau ein 'Jahr'?

"Ich bin Jungarbeiterin, weil ich schnell Geld verdienen wollte, nicht weil ich dumm bin. Meistens liegt es an den Eltern mit ihren dummen Sprüchen, wie z. B. ,Ach, du heiratest sowieso bald' oder ,Laß doch sein, das schaffst du sowieso nicht' oder ,Schaff dir erst mal 'n paar Klammotten an' usw."

Diese Aussage erklärt genau, warum so viele Mädchen auch heute noch keine Ausbildung bekommen. Jungarbeiter sind 15- bis 18jährige Hilfskräfte ohne Lehre. Es gibt knapp eine halbe Million, rund 300 000 davon sind Mädchen. Sie kommen fast ohne Ausnahme aus Arbeiterfamilien und sind der – Unternehmern willkommene, weil billige und besonders hilflose – Nachschub für die 3,3 Millionen Arbeiterinnen, von denen 94 Prozent eine un- oder angelernte Tätigkeit verrichten. Nur 6 von 100 sind Facharbeiter – bei den Männern 56. Und 90 Prozent aller Jugendlichen ohne jede Ausbildung sind Mädchen.

Mangelnde Bildung erzeugt Hilfsarbeiter. Und fehlende Möglichkeiten sind für Arbeitnehmerkinder besonders schlimm: Keine Vorschule, die bessere Startchancen bei schlechteren Voraussetzungen geben könnte; durch konservativen Widerstand zu wenig Gesamtschulen; Universitäten mit etwa 7 Prozent Studenten (und mit der Lupe zu suchende Studentinnen) aus Arbeiterfamilien.

Bildung zahlt überwiegend der Staat. Aus den Steuermitteln, die zum großen Teil Arbeiter erarbeiten – für andere Kinder. Nutzen sie sie auch für die eigenen Kinder, haben sie allerdings mehr Lasten zu tragen als andere. Dabei arbeitet fast die Hälfte aller Frauen zwischen 15 und 65 Jahren außer Haus. Mädchen träumen zwar immer noch davon, machen so schnell aber nicht Hochzeit; bis zum durchschnittlichen Heiratsalter von 23 arbeiten sie immerhin acht Jahre. Sie bleiben normalerweise dann weitere zwei Jahre erwerbstätig bis zum ersten Kind. Viele hören auch dann nicht auf: Wegen der Familie unterbricht die Hälfte der Frauen ihre Berufstätigkeit. Selbst diese Frauen

aber gehen, oft nach nur wenigen Jahren, zunehmend zurück in Betriebe und Geschäfte. Und Heirat als lebenslange Versorgung (was zu vielen Eltern und Mädchen immer noch so vorschwebt) – das stimmt sowieso nicht: Es gibt 5 Millionen verwitwete oder geschiedene Frauen. Wer, wenn nicht sie selbst, wollte die Ledigen ernähren? Von 20 Jahren an aufwärts sind das über 3 Millionen Frauen.

Ohne bessere Schul- und Berufsausbildung kann schließlich kaum die Rede davon sein, daß auch Arbeit als Lebensbereich empfunden wird, in dem Frauen und Männer Befriedigung, Selbstverwirklichung, Bestätigung finden können. Impulse, ihr Leben, ihre Lage und die ihrer Familie – auch politisch – zu verändern, entwickeln sich so erst recht nicht.

Folge: Fast jede zweite Arbeiterin wäre lieber nur Hausfrau. (Bei den Angestellten immerhin nur jede achte !) Ihre Wunschvorstellung richtet sich allein auf Haushalt, Ehemann und Familie. Rückzug also in einen Bereich, von dem sie glaubt, daß er ihr Bestätigung, Befriedigung gibt, wo sie einen eigenen "Freiraum" sucht, in dem sie bestimmen kann.

Das allerdings wird ihr ständig mit voller Absicht eingeredet, der Rückzug ins Haus in rosigen Farben propagiert. Massenzeitungen jammern noch immer über "Schlüsselkinder", die leiden müßten, weil Frauen Karrieren machen oder für Luxusgüter malochen wollen. (Wer eigentlich maßt sich da immer das Urteil über



den Lebensstandard von Arbeitnehmerfamilien an?) Wenn überhaupt, dann werden typische Frauenberufe angedient. Frauenillustrierte füllen die meisten Seiten mit Anleitungen für Handarbeiten, Kochen und Haushalt. Die Werbung stellt als Ideal einen immer perfekteren Haushalt hin – natürlich allein von der Frau picobello gemacht. Groschenhefte preisen das "Glück im Winkel". Soziologen beweisen auftragsgemäß, wie glücklich Hausfrauen sind. Und Politiker schwatzen dummes Zeug – was dann auch in ihre Politik eingeht. Sonst wären wir weiter. Kein Wunder, daß gerade Arbeiterfamilien bürgerliche Vorstellungen vom Glück daheim, von "Frauen, die es nicht nötig haben, zu arbeiten", hegen, die bei bürgerlichen Familien inzwischen passé sind.

Da diese Vorstellungen Wunschträume bleiben – nicht zuletzt, weil zur Erfüllung von Wünschen dann das Geld fehlt – kommen Frauen in einen Teufelskreis. Unzufriedenheit mit Abhängigkeit (so bewußt oft gar nicht begriffen), Geldmangel, Zukunftssorgen, fehlende Kontakte zu anderen Menschen – das sind die Gründe, die sie wieder in den Betrieb zurückbringen. Aber viele eben in die alte ausweglose Lage: Sinnentleerte, zerstükelte, langweilige Arbeit zu schlechtem Lohn, ohne Aussicht auf Aufstieg. 81 Prozent befragter Frauen sind zu der Erkenntnis gekommen, daß es ihren Töchtern bessergehen müßte.

Das aber bedeutet: Töchter müssen eine Chance haben. Da die Wirklichkeit anders ist als es Wunschträume sind, darf Arbeit für Frauen nicht als Übergangslösung geplant werden. Mädchen müssen zu Bildung und Ausbildung ermuntert und tatsächlich ausgebildet werden. Sonst bleibt Arbeit in ihrem Leben auf die Dauer enttäuschende Reserveübung. Und ihre Unterstützung fehlt, Qualität von Arbeit für alle zu verbessern.

Die Gesellschaft hat die Aufgabe, Lösungen – und zwar für Frau und Mann – für beide Probleme zu schaffen: Wie die Bereiche Beruf und Haushalt partnerschaftlich in Einklang zu bringen sind und was zugunsten von Kindern zu geschehen hat – zur Versorgung und Erziehung zu Haus und außerhalb der Familie.

MUSIK-DISKUSSION-ABEND-PROGRAMM

GEHT ÜBER LINKEN

1020 Wien, Odeongasse 1 (Ecke Gr. Mohrengasse)

Tel: 24-70-402

7.2. Leopold Spira **Spanien - kommt die Wende?**

14.2. **Nützt der Frau ein Jahr?'**

15.2.

KINDERGSCHNAS

für Kinder ab drei Jahre
15-18 Uhr

21.2. Hans Wesely **Wirtschaftliche Situation in Österreich**

22.2. Interproduktion präsentiert **'Beatles in memoriam'**

28.2. Peter U. Lehner **Mitbestimmung:** Zwischen Sozialpartnerschaft und Klassenkampf

29.2.

LINKKE LIEDER

Herrmann Langbein
7.3. **Widerstand gegen den Faschismus in Österreich**

Jeden Montag:

AKTUELLER ABEND

Geöffnet Montag, Freitag und Samstag ab 19 Uhr

Diskussionsbeginn 19 Uhr 30

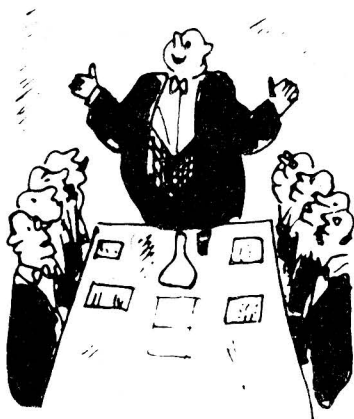
Swarowsky:

ERZEUGUNG + 16, 2%
ARBEITER - 14, 2%

Das ist die Erfolgsbilanz, die Tyrolit mit Stolz in der Industriellenzeitung "INDUSTRIE" Nr. 3 vom 17. 1. 1975 meldet:

Das von "widrigen Umständen" geplagte Unternehmen mußte bis jetzt 350 Leute auf die Straße setzen. Wir erinnern uns noch, wie schwer es der Firmenleitung gefallen ist, sich von den "treuen Mitarbeitern" zu trennen und wie diese wärmstens weiterempfohlen wurden.

Die Empörung über die Vorgangsweise dieses Familienbetriebes hat sich gelegt, sie sind eben "Krisenopfer". Weshalb die Arbeiter wirklich gefeuert wurden wird aus der oben erwähnten Mitteilung sichtbar.

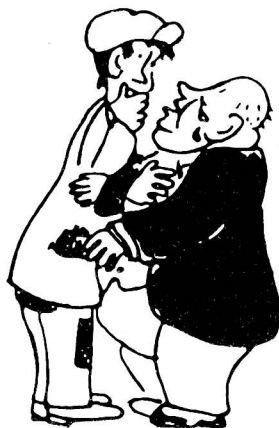


"GENTLEMEN, IN ZEITEN DER NOT, MÜSSEN WIR ALLE OPFER BRINGEN - SETZEN WIR WEITERE 500 AUF DIE STRASSE!"

Arme Unternehmer!

Wie heißt es doch in der eleganten Sprache der Unternehmer: "... Gleichzeitig meldet die heimische Schleifmittelindustrie eine kräftige Steigerung der Produktivität. Im ersten Halbjahr 1973 wurden 6.789 Tonnen Schleifmittel von 1723 Arbeitskräften erzeugt, im Vergleichsraum 1974 produzierten 1487 Arbeitskräfte 7.899 Tonnen. Diese Rationalisierung (Heraushebung durch die Redaktion) war nötig, um Österreich Position als eines der wichtigsten Schleifmittelexportländer auf dem Weltmarkt zu erhalten, meldet Tyrolit. "

Anzumerken ist: In Österreich sind die Arbeiter selbstverständlich der "Unternehmerwillkür" nicht ausgesetzt. Massenkündigungen und Entlassungen gibt es nur dann, wenn es wirtschaftlich anders nicht mehr zu verantworten ist.



Autobuslenker wehren sich !

In einer Vollversammlung der Wiener Autobuslenker, an der auch eine niederösterreichische Delegation teilnahm, beschlossen die Autobuschauffeure gewerkschaftliche Kampfmaßnahmen zur Durchsetzung ihrer längst fälligen Forderungen. Die Unternehmer schalteten auf stur und argumentierten, erst Lohnerhöhungen gewähren zu können, wenn die öffentlichen Autobuslinien ihre Tarife erhöhten. Dies, obwohl dieser Bereich nur 10% der gesamten Autobuslinien mit Privatunternehmen betrifft. Dazu kommt, daß durch den Zuschuß für Schülerfreifahrten die Unternehmereinnahmen stark gestiegen sind.

Diese Frechheit ließen sich diesmal die Autobuslenker nicht gefallen. Sie verlangen nach 16-monatiger Laufzeit eine Erhöhung ihrer Stundenlöhne auf S 32,-. Weiters wollen sie Maßnahmen ergreifen, um die oft mehr als 70(!)-stündige Arbeitszeit wöchentlich zu verkürzen.

Falls die Unternehmer nicht nachgeben, werden im Jänner die Autobuslenker ihren Kampf mit Streiks weiterführen. Bis jetzt erhalten sie die Unterstützung der Gewerkschaft Handel, Transport und Verkehr.

aspekte

die "aspekte" erscheinen wieder!!!
beiträge 4-5 mal im Jahr
zur theorie in unregelmäßigen Abständen
und strategie für die Diskussion
der linken offener Probleme

Redaktion: Porzellangasse 33a
1090 Wien, Tel. 34 67 145
Vertrieb: Belvederegasse 10
1040 Wien, Tel. 65 19 52

THESEN
ZUR
HOCHSCHULPOLITIK

DER
föj-BEWEGUNG
FÜR SOZIALISMUS

voraussichtlich
märz 1975

bewegung für sozialismus-föj

Aufmarsch im Indischen Ozean

"In erster Linie die Inder, aber auch andere Nationen in dieser Region, haben davon gesprochen, in diesem Gebiet eine Friedenszone zu schaffen. Wir glauben, daß dies eine sehr gefährliche Konzeption ist."

(Admiral Elmo R. Zumwalt Jr., Befehlshaber der Streitkräfte von Indien zur See, am 1.4.1974)

Zwei der größten Bastionen des Imperialismus sind auf dem afrikanischen Kontinent zusammengebrochen. Seit dem Sturz des Faschismus in Portugal am 25. April 1974 ist es klar geworden, daß es Portugal ernst ist, sich von seinen afrikanischen "Besitzungen zurückzuziehen und ihnen die schrittweise Unabhängigkeit zu gewähren. Ein unabhängiges Mozambique wird aber eine neue Flanke gegen Rhodesien und Südafrika aufreißen, auf keinen Fall wird ein Mozambique, das sein Selbstbestimmungsrecht erkämpft hat, NATO- oder US-Basen auf seinem Gebiet dulden. Auf der anderen Seite Afrikas ist ein ähnliches Problem spätestens aktuell, wenn Guinea Bissau eine selbständige Republik geworden ist: die vorgelagerten Kap-Verden verbanden entlang der rund um Afrika führenden Schiffroute gleichsam Europa mit dem Arabisch-Persischen Golf.

Die zweite Bastion, die gefallen ist, wenn auch die politischen Auswirkungen noch nicht eindeutig abzusehen sind, ist Äthiopien. Seit 1945 hat Äthiopien über ein Drittel aller von den USA an Afrika gewährten Militärhilfe für sich buchen können. Äthiopien war der Sitz des US-"Kommunikationssystems" in Afrika, d.h. des elektronisch hochwertigen Spionagezentrums in Asmara und wirkte von hier mit geballter Kraft als konterrevolutionäre diplomatische Einflußnahme durch Überwachung und Bevormundung der Organisation zur Afrikanischen Einheit.

Die Interessen des Imperialismus können im Indischen Ozean in vier große Kategorien eingeteilt werden:

1. DIE SCHIFFSLINIEN

Seit der Schließung des Suez-Kanals 1967 wird das ganze Öl, das am Golf gefördert wird – davon 50% des westeuropäischen Bedarfs – entlang der Küsten Afrikas transportiert. Wenn der Suez-Kanal wiedergeöffnet sein wird, werden höchstens 200.000-Tonnen-Tanker den Kanal passieren können und die auch nur ohne Fracht. Die Tendenz beim Bau von Tankern geht dahin, eine Größenordnung von 400.000- und 500.000-Tonnen-Tankern in den Dienst zu stellen. Aber auch jene Schiffe, die den Kanal passieren können, werden Teile des Indischen Ozeans befahren müssen.

2. DIE RESSURCEN IM LAND

In den am Golf liegenden Staaten befinden sich 70% der gesamten bis jetzt bekannten Erdölreserven der Welt. Weder das Erdöl in der Nordsee, in Schottland und in Skandinavien, noch das "Unabhängigkeits-Projekt" der USA können die Bedeutung dieser Erdölreserven für das letzte Viertel dieses Jahrhunderts schmälern. In Südafrika befinden sich riesige Mineralvorkommen (Gold, Kupfer, Diamanten), und es kann damit gerechnet werden, daß der Imperialismus auch in den unabhängig gewordenen Ländern Angola (wo ebenfalls Öl gefördert wird) und in Mozambique seinen Einfluß spürbar machen wird.

3. STRATEGISCHE ÜBERLEGUNGEN

Der Indische Ozean verbindet zwei der drei Kontinente, die vom Imperialismus früher beherrscht wurden, er ist Austragungsort inter-imperialistischer Widersprüche und des Widerspruchs zwischen den USA und der Sowjetunion. Jede Verschiebung im Gleichgewicht der Kräfte betrifft die imperialistische Weltstrategie als ganze.

4. KONTERREVOLUTIONÄRE BEEINFLUSSUNG

Jede Revolution in der entkolonialisierten Welt bedeutet eine direkte Bedrohung des US-Imperialismus und seiner Junior-Partner, Japans und West-Europas. Drei solche Gefahrenquellen existieren derzeit in diesem Raum: die kleine Gruppe antiimperialistischer Staaten, Tansania, die Volksdemokratische Republik Jemen und Somalia. Im Rahmen ihrer begrenzten Möglichkeiten versuchen sie, imperialistische Praktiken zu begegnen. Zweitens gibt es Guerilla-Bewegungen, die seit Jahren einen Befreiungskrieg in solchen Ländern führen, die am Indischen Ozean liegen: Mozambique, Eritrea in Äthiopien und Oman. Drittens gab es etliche Volkserhebungen in weiteren Staaten: in Pakistan (1969-1971), in Ceylon (April/Mai 1971) und in der südlichen Provinz von Madagaskar (Mai 1971) sowie jetzt in Äthiopien.

DIE POLITIK DES 'SUB-IMPERIALISMUS'

In Indochina waren es thailändische Söldner, die einst mit dem Problem fertigwerden sollten, an dem später auch die GI's gescheitert sind; in Latein-Amerika ist es Brasilien, das für die Durchsetzung der imperialistischen Interessen zu sorgen hat: Uruguay, Bolivien und Chile sind Beispiele dafür.

Am Golf sind es der Iran und Saudi-Arabien, die für diese Aufgaben aussersehen worden sind. Ihre Aufrüstung mit den modernsten US-Waffen hat in letzter Zeit stürmisch zugenommen. Die Gendarmen bleiben auch nicht untätig: der Schah hat Truppen nach Oman entsandt und militärische Berater nach Nordjemen.

Die USA geben vor, vom Vordringen der Sowjetunion in diesem Raum beunruhigt zu sein. Weitaus mehr dürfte sie die Tatsache beunruhigen, daß entlang der afrikanischen Schifffahrtslinien sich wie ein roter Faden eine Kette von revolutionären Bewegungen etabliert hat.

Bolivien

In der größten bolivianischen Zinngruppe streiken etwa 5.000 Bergleute gegen die Besetzung dreier lokaler Radiosender durch das Militär. In diesen Sendern hatten die Kumpeln von Siglo Veinte die Möglichkeit, das Regime in La Paz zu kritisieren und für entsprechende Abwehrmaßnahmen zu sorgen. Die ohnedies von Massenmobilisierung geschüttelte reaktionäre Militärjunta (Landarbeiterstreik!) sah sich vor die Notwendigkeit gestellt, die Sender von Militäreinheiten besetzen zu lassen. Bei der Verteidigung der Sender dürften einige Kumpel erschossen worden sein.

China

Der Himmel und die Unordnung

"Der Kampf der zwei Linien" mochte anfangs noch als Rechtfertigungs-ideologie für die Kampagne gegen Liu Schao-tschu gewertet werden und überhaupt als die prinzipielle Grundlage, auf der sich eine derart folgenschwere Auseinandersetzung, die wirklich den Namen "Kulturrevolution" verdient, abrollen konnte. Dieser typisch Mao'sche Grundsatz - entsprungen der Überzeugung, daß in bestimmten historischen Perioden

das revolutionäre Bewußtsein das hinter ihm herhinkende Sein rascher und gründlicher umwälzen könnte - bestätigte sich dann auf vollkommener authentischer Weise im Verrat, jedenfalls im Sturz des "engsten Waffengefährten des großen Vorsitzenden", Lin Piao. Das ist nur insofern ironisch gemeint, als der ehrliche Beobachter doch staunen muß angesichts der Formen, wie in China Linienkämpfe ausgefochten werden, insbesondere was die personellen Wechsel betrifft. Das alles erinnert an Kämpfe von Göttern auf dem hohen Olymp. Nur: wer nicht endgültig aus luftiger Höhe abgestürzt und am Boden zerschellt ist, hat die Chance, aus unbekanntem Tiefen, in die er geschleudert wurde, wieder aufzutauchen und erneut unter den Göttern zu wandeln. Dies wurde vom (fürs Ausland) geheim abgehaltenen 4. Nationalen Volkskongreß bestätigt. Teng Hsiao-ping, einst Generalsekretär der KPCh, wurde 1966 als "die Nummer zwei jener Machthaber in der Partei, die den Weg des Kapitalismus gehen", ein "Renegat, konterrevolutionärer Revisionist und Spezialagent" von den Roten Garden gestürzt. Vom 10. Parteikongreß im August 1973 wurde er wieder ins Zentralkomitee gewählt und auf dessen Plenartagung vom 8. bis 10. Januar zu einem der sechs Stellvertreter Maos bestimmt, wodurch er auch Mitglied des ständigen Ausschusses des Politbüros geworden ist. Auf dem nun nach zehn Jahren wieder abgehaltenen Nationalen Volkskongreß wurde er zum Stellvertretenden Ministerpräsidenten (Tschu-en Lai) berufen. Der Volkskongreß scheint Abschluß der auf die Kulturrevolution gefolgten Konsolidierungskampagne zu sein. Wäre die Sache mit Lin Piao nicht "passiert", hätte die Konsolidierung sicherlich früher eingesetzt. Die Anti-Konfuzius-Kampagne war keine zweite Kulturrevolution,

Portugal

Einheitsgewerkschaften - wozu?

In Portugal hat die KPP einen Sieg in der künftigen Konstellation der Gewerkschaften davongetragen. Die "Bewegung der Streitkräfte" ließ die Argumente der Gegner einer Einheitsgewerkschaft nicht gelten; sie könnten höchstens in den Erläuterungen des Gewerkschaftsgesetzes modifiziert Berücksichtigung finden. Die Hintergründe des Streites machen ihn erst möglich und erklärbar. Denn was läßt sich schon gegen den ÖGB sagen, wenn er im Gegensatz zum DGB die Vielfalt in der Einheit gelten läßt in Form der verschiedenen (partei)politischen Fraktionen? In Italien ist seit längerem ein Einigungsprozeß zwischen den verschiedenen Gewerkschaften des Landes im Gange - durchaus im positiven Sinn. Die portugiesischen Befürworter der Einheitsgewerkschaft - KPP und Teile der Streitkräfte - handeln aus weniger offensiven als defensiven Motiven heraus, ihre Ratgeberin ist die Angst, nicht die Zuversicht und das Vertrauen in die Massen. Die KPP hat ja auch die Verschiebung der für

April angesetzten Wahlen ins Parlament dringend urgiert - da aber haben sich die Militärs bereits mit ihrem Ehrenwort festgelegt. Allerdings erklärten sie auch, daß sie im Falle eines Sieges der reaktionären Parteien erneut zu intervenieren bereit seien. Das mag für die KPP dann wenig tröstlich sein, wenn die großen Sieger der Parlamentswahlen ihre eigenen Rivalen, die portugiesischen Sozialisten sind. Meinungsbefragungen sprechen immerhin von einem Anteil um die 40% der Stimmen für die Partei Soares, während der KPP höchstens 15% eingeräumt werden. In einer Mitte-Links-Koalition hätte die KPP zwar wenig zu sagen, aber gestützt auf eine Einheitsgewerkschaft, die sie heute schon größtenteils kontrolliert, hielte sie einen entscheidenden Hebel in der Hand. Darum geht's, und es wäre ihr auch kaum zu verargen, wenn ihre prinzipielle Haltung gegenüber Fragen der Arbeiterdemokratie nicht derart kleinlich, bürokratisch-borntiert wäre.

sondern eher eine Draufgabe: sie diente der Klärung der Sache mit Lin Piao, die unter den Massen der Rotgardisten und in der Armee eine überragende Stellung innehatte. Zur gleichen Zeit wurden die Militärbefehlshaber von acht der elf Militärregionen versetzt und etliche der während der Kulturrevolution als "bürgerliche Karrieristen" und "Verschwörer" entlarvten Generäle wieder in den Generalstab aufgenommen. Bis jetzt sind über 90% aller der Kulturrevolution zum Opfer gefallenen Funktionäre rehabilitiert. Mao Tse Tsung persönlich soll das Ende der Kulturrevolution verkündet haben: "Die Kulturrevolution hat nun acht Jahre gedauert. Die Zeit ist gekommen, um ins Alltagsleben zurückzukehren. Die gesamte Partei und Armee, die gesamte Armee und das Volk müssen sich vereinigen." Der 4. Nationale Volkskongreß hat die Verschmelzung des Staatsapparates mit der Partei erneut zementiert, das Amt des Staatsvorsitzenden wurde personell abgeschafft, es wird kollektiv vom Parlamentspräsidenten (derzeit Tschu Teh) und dessen Stellvertretern ausgeübt. Die Volksbefreiungsarmee untersteht dem direkten Oberbefehl des Parteivorsitzenden (Mao). War bisher in der Verfassung von China als Volksrepublik die Rede, heißt es jetzt "sozialistischer Staat", dessen bisher oberstes Organ, eben der Volkskongreß, nun auch der Partei untersteht. Rede- und Versammlungsfreiheit, die Anbringung von Wandzeitungen, die aus der Kulturrevolution hervorgegangenen Revolutionskomitees, sowie das Streikrecht werden in einem Artikel ausdrücklich geschützt. Die Sowjetunion wird nicht mehr erwähnt. Zur Zeit, als der Volkskongreß tagte, weilte CSU-Chef Franz Josef Strauß, gefürchteter Rechtsaußen der BRD, in China und wurde von Mao persönlich empfangen. Wahrlich, eine "große Unordnung herrscht unter dem Himmel"! Und im Himmel - scheint's - auch.



Vietnam

Wann fliegt Thieu?

Von der ersten Stunde an seit Inkrafttreten der Pariser Verträge hat Thieu die Vereinbarungen andauernd und systematisch gebrochen: seine beachtliche Luftarmada flog ununterbrochen Luftangriffe auf die vertraglich den Truppen der Revolutionsregierung zugehörig erklärten Gebiete. Diese Vergeudung von Munition und Treibstoff wurde erst eingeschränkt, als der US-Kongreß die Hilfe an Saigon halbierte. Das riesige stehende Heer (1,1 Mill. Saigoner Truppen gegenüber 350.000 Mann der Befreiungsstreitkräfte) verschlang Riesensummen. Unter der Bezeichnung "Vorpostenkonsolidierungsprogramm" wurden überall unhaltbare Stützpunkte aufgegeben, wodurch das "Leopardenfell", die politische Geographie Südvietnams, immer größer werdende rote Flecken aufzuweisen begann. Thieu, bedrängt von einer lautstark werdenden Opposition in den eigenen Reihen und der immer wirksamer agitierenden "Dritten Kraft", den oppositionellen Buddhisten, mußte Korruptionfälle aufdecken lassen, deren Fäden stets dort abreißen, wo die Mauern seines als moderne Zwingburg errichteten Regierungssitzes begannen. Seine Anklagen gegen die ständige Aggression im Norden wurden nicht einmal von seinen (noch) besten Freunden, den zahlreich in Saigon stationierten CIA-Spezialisten geglaubt. Zu offensichtlich sind die Aufbaubestrebungen des to-

tal zerstörten Landes im Norden und die binnen kürzester Zeit dabei erzielten wirtschaftlichen Erfolge. Auf den Photos der amerikanischen Aufklärungsflugzeuge und -satelliten spielt sich der umgekehrte Prozeß wie vor einigen Jahren ab: täglich erheben sich mehr Fabriken, Wohnhäuser, neuerrichtete Brücken und Wirtschaftsbauten aus den rasch verschwindenden Ruinenfeldern. Die in den letzten Wochen erzielten militärischen Erfolge der Streitkräfte der Revolutionsregierung der Republik Südvietnam, die Eroberung von Distrikt- und Provinzhauptstädten sind die wohl abgemessenen und überlegten Schritte auf dem Pfad, der zur endgültigen Befreiung des Südens führt. Thieu und seiner Clique kann keine Macht mehr helfen, denn die einzige, die dazu in der Lage wäre, ist in Vietnam besiegt worden. Es ist die Schonfrist abgelaufen, die mit vietnamesischem Taktgefühl dem geschlagenen US-Riesen eingeräumt wurde, seine häßliche Fratze zu wahren. Wie in Kambodscha, wird auch in Südvietnam der Sieg, der gewiß ist, nicht eingeheimst. Man überläßt es dem Feind, die letzten entscheidenden Schläge lieber erst gar nicht abzuwarten - das vermindert die Zahl der Opfer. Der Hubschrauber, der den letzten Einsatz der verhaßten Luftwaffe des Saigoner Regimes fliegen wird, steht auf dem Dach der Thieu-Residenz Tag und Nacht startbereit.



Spanien

Kommt die Wende?

Nach den Veränderungen in Portugal und Griechenland ist Spanien das letzte Land im südlichen Europa, das von einer Diktatur beherrscht wird.

Die Entwicklung der letzten Monate deutet darauf hin, daß auch in Spanien der bisherige Lauf der Dinge eine entscheidende Wendung nehmen könnte.

Diese Wendung würde zunächst wie in Portugal und Griechenland zur Wiederherstellung der bürgerlich-parlamentarischen Demokratie und der in ihrem Rahmen gewährleisteten politischen Rechten führen.

Dies scheint jedenfalls die Zielrichtung auch der traditionellen linken Oppositionskräfte, der Kommunistischen Partei Spaniens und der mit ihr verbündeten Arbeiterkommissionen (Betriebsorganisationen) zu sein. Sie war das treibende Element bei der Gründung der Junta democratica de Espania (Demokratische Junta) vor einem halben Jahr, welche nach den Worten des Generalsekretärs der KPS, Santiago Carillo, "die Arbeiter, die Werktätigen aller Gebiete Spaniens, aber auch die Rechte, einschließlich der spanischen Monarchisten "erfassen will." Ziel der Bewegung ist, eine provisorische Regierung zu bilden, die dem spanischen Volk die Freiheit und

die Möglichkeit wiedergeben soll, über sein Schicksal mittels des allgemeinen Wahlrechts selbst zu entscheiden."

Diese Taktik scheint die durch die Altersschwäche und den akuten Krankheitszustand Francos ausgelöste Richtungskämpfe um die Nachfolge innerhalb der Falangisten nutzen zu wollen. Dabei soll die Übertragung der Loyalität der Armee gegenüber Franco auf dessen Nachfolger erschwert, das Wohlwollen zum mindesten von Teilen der Armee für eine demokratische Wendung durch die gesellschaftliche Breite des politischen Bündnisses abgesichert werden.

Den offensichtlichen Kompromißcharakter dieser Orientierung versuchte Carillo von Anfang an dadurch einzuschränken, daß er das Bündnis mit der Erreichung des Zieles, des Sturzes der Franco-Diktatur begrenzte. Dies sei die Voraussetzung dafür, meint er, daß der Kampf um die unmittelbaren sozialen und wirtschaftlichen Interessen der Arbeiter und Angestellten des Landes über die Wiederherstellung ihrer gewerkschaftlichen Rechte voll in Angriff genommen werden könnte.

Die seit dem Frühherbst andauernden verschärften Arbeitskonflikte, die Streiks insbesondere in den großen ausländischen Konzernen bzw. Tochtergesellschaften in Barcelona, Pamplona, Madrid müssen auf ihrem politischen Hintergrund betrachtet werden, will man ihre Brisanz und Gefährlichkeit für das herrschende System verstehen. Sie sind weit über den Charakter ökonomischer Tageskämpfe hinaus fast immer unmittelbar politisch motiviert. Verhaftungen, Folterungen und Terrorurteile verfehlen bei derart massiven Bewegungen wie z. B. der SEAT-Arbeiter ihre einschüchternde Wirkung. Die Repression des schwankenden und in sich gespaltenen Franco-Regimes verstärkt im Gegenteil noch den Organisa-

tionswillen der Opposition. Mitte Jänner 1975 wurde die erste Inlandsorganisation der im Ausland befindlichen Demokratischen Junta Spaniens in Madrid ins Leben gerufen und auf einer geheimen Pressekonferenz vorgestellt. Dort wurde auch bekanntgegeben, daß die von der Sozialistischen Partei Spaniens mit den Christdemokraten gegründete "Cinference Democratica" trotz bestehender Differenz mit der Demokratischen Junta zusammenarbeiten will.

Francos Sterbeglöckchen könnte gleichzeitig die Wiedergeburt der Demokratie in Spanien einläuten.

Türkei

Die türkischen Behörden gehen wieder verschärft gegen die Linke vor: Am 12. Jänner wurden bei einer Razzia in der Redaktion einer maoistischen Wochenzeitung 49 Genossen verhaftet, 14 werden vor ein "Staatssicherheitsgericht" gestellt, wegen des Versuches, "eine illegale Organisation zu gründen".

BRD - Chile

Zwar konnten jetzt unter dem internationalen Druck freigelassenen UP-Politiker in der BRD kein Asyl finden - zwar bezog die reaktionäre Baden-Württembergische Landesregierung von der SPD große Schelte, weil sie nicht bereit war, die Flüchtlinge aufzunehmen, aber es fand sich auch keine SPD-Regierung bereit, dies zu tun. Die Kredite fließen aber jetzt wieder: 21,1 Millionen DM Entwicklungskredit, bezeichnenderweise von der "Bank für Wiederaufbau" - omen est nomen - gewährt und von der Regierung Allende knapp ein Monat vor ihrem Sturz ausgehandelt. Sie kommen jetzt der Gorilla-Diktatur sehr zupass: Immerhin führte die verheerende Wirtschaftspolitik der Militärfachidioten und Folterspezialisten dazu, daß Chile die Weltrangliste der Inflation 1974 anführt...



„Stabilität“ in Franco-Spanien („Land og Folk“, Dänemark)

Italien

Der Kampf gegen den Einfluß des Vatikans auf die italienische Innenpolitik hat im Jänner einen neuen Akzent erhalten: Eine Reihe fortschrittlicher Ärzte, die in Italien sogenannte "Zentren für Information über Sterilisierung und Abort" (CISA) betreiben, wurden verhaftet – dabei bedient sich die italienische Justiz offen alter faschistischer Gesetze zur Erhaltung der italienischen Rasse.

Da eine breite Öffentlichkeit gegen diese Justizmaßnahme protestierte, betrieb die italienische Christdemokratie, die im Scheidungsreferendum sich schon einmal mit ihrem Bündnis zum lieben Gott via Vatikan die Finger verbrannt hatte, ein hübsches Stück Demagogie: Vor ihrem Frauenkongreß erklärte der Parteisekretär Fanfani, man wäre bereit, über eine Liberalisierung der Abtreibung zu reden. Was diese Leute darunter verstehen, hört man ja hierzulande recht lautstark von ihren Gesinnungsgenossen von der "Aktion Leben"...

Mitte Jänner hielt die "Lotta Continua" ihren ersten nationalen Kongreß ab. Er zeigte eine erstaunliche Einheit dieser Organisation, die in letzter Zeit eine wachsende Bedeutung in der revolutionären Linken in Italien zeigt. Die "wilden Männer" von "Lotta Continua" halten weniger von Massennarbeit als von deren Spontaneität: Sie hoffen auf den "historischen Kompromiss" zwischen der Christdemokratie und der KPI, wodurch sich die proletarische Basis von der Spitze der KPI entfernen und diese sich von der KPI lösen würde. Lotta Continua käme damit eine führende Rolle in der revolutionären Linken zu. Dementsprechend wird Lotta Continua in allen Wahlkämpfen 1975 die KPI massivst unterstützen.

Dem gegenüber hat die PdUP per il comunismo (Zusammenschluß von PSIUP und "Il manifesto") die ersten Erfolge in der Massennarbeit erzielt: Bei den letzten Regionalwahlen in

Trentino-Südtirol gelang ihr auf Anhieb ein Achtungserfolg von 4% Stimmenanteil. Die PdUP plant auch an den kommenden Regionalwahlen teilzunehmen. Darüber hinaus gelingt ihr in zunehmenden Maße die Verankerung in den Gewerkschaften, speziell in der Mailänder CISL, einer ursprünglich christdemokratischen Gewerkschaft, die damit offensichtlich dem Muster der französischen CFDT in ihren besten Zeiten folgt. Ein interessanter Aspekt dabei ist, daß vor dieser Entwicklung gerade die Gewerkschaft der KPI, die CGIL "schärfstens gewarnt" hat.

Jugoslavien

Welche Rolle spielt die Persönlichkeit in der Epoche der proletarischen Revolutionen bzw. des antiimperialistischen Befreiungskampfes der unterdrückten Völker? Svetozar Stojanovic, Belgrader Soziologe und Mitglied der "Praxis"-Gruppe, gab darauf eine mögliche Antwort, als er von der "verhängnisvollen Rolle charismatischer Führer" in sozialistischen Gesellschaftssystemen sprach. Sind die Vorgänge in China nicht zum mindesten zu einem Großteil mit dieser Problematik verknüpft? Läßt sich davon abstrahieren, wenn die jüngste Entwicklung in Jugoslavien kritisch betrachtet wird? Auch hier scheint sich eine Art Konsolidierungsprozeß zu vollziehen, deren Gründe ähnlicher Natur sein dürften wie in China. Beide großen Männer (Mao und Tito) wollen das Haus gut bestellen, bevor sie es endgültig verlassen, um es etwas volkstümlich auszudrücken. Während dies in China aber im Zeichen der Versöhnung der Gegensätze steht, stehen die Zeichen in Jugoslavien seit einiger Zeit auf Sturm. Er traf vor einigen Monaten eine sogenannte Kominform-Gruppe, womit die prosovjetsche Herkunft dieser verschönerischen Oppositionellen umschrieben wurde, er richtete sich gegen "antititoistisch" albanische Demonstranten in der autonomen Republik Kosovo und entpuppte sich spätestens als Sturm im Wasserglas, als er sich

gegen die intellektuellen Kritiker der Unzulänglichkeiten und Inkonsistenzen des Selbstverwaltungssozialismus aufbäumte, die insbesondere in Moskau und den Bruderstaaten wegen ihrer kompromißlos antistalinistischen Auffassungen verhaßt sind. Eine ideologische Kampagne läuft schon seit den Studentenunruhen 1968 in Belgrad gegen sie, als deren Urheber und Verteidiger. Alle Versuche, sie von ihren Posten zu entfernen und damit Titos persönlicher Forderung gerecht zu werden, die akademische Jugend vor ihren "verderblichen" Einfluß abzuschildern, scheiterten am Selbstverwaltungs-Statut der Universitäten des Landes, zu dessen Verteidigung auch solche Kollegen bereit waren, die sich sonst auf keine direkten politischen Kontroversen mit den Parteimächtigen einlassen wollten. Nun wurde auch dieses Problem "gelöst", indem Selbstverwaltungsrechte und -organe im neuen Universitätsgesetz einer gründlichen Revision unterworfen worden sind. Die Verantwortlichen wissen wahrscheinlich nicht, daß sie mit diesem Schritt vielleicht gerade jenen Weg zu ebenen geholfen haben, den sie aus lauter echter Sorge mit allen Mitteln zu versperren suchten: die Liquidierung des Selbstverwaltungssozialismus von innen und von außen.

**Deine
Versicherungen
durch**

FRICH MAKOMASKI

Erste Allgemeine
Unfall- und Schadens-Versicherungs-Gesellschaft

Büro: 1040 Wien, Südtirolerplatz 6
Telefon: 65 87 97 98 99

Privatadresse: 1100 Wien, Alaudagasse 7 29/14
Telefon: 69 4 99 2

Vorlesungskritik ist Verbrechen?

An den mathematischen und physikalischen Instituten der Universität Wien kam es in den letzten Monaten zu zwei Streiks und einer Institutsbesetzung. Diese Aktionen richteten sich im allgemeinen gegen die neuen Diplomstudienordnungen (diese bewirken Verschulung und Verschärfung des Studiums), die Institutsbesetzung im besonderen gegen die Mißstände in den Einführungsvorlesungen aus Mathematik.

Um Studentenbewegungen dieser Art bereits im Ansatz unterdrücken zu können, wurden fünf maßgeblich an diesen Bewegungen beteiligte Studenten von der Staatsanwaltschaft angezeigt ("Einschränkung der persönlichen Freiheit", "Sachbeschädigung").

Was war tatsächlich geschehen? Ein Mathematiker, Prof. Großer, wurde von der Mehrheit seiner Hörer aufgefordert, über die in seinen Übungen neueingeführten und ungesetzlichen Zwischenprüfungen Rechenschaft abzulegen. Da er sich weigerte, wurde er gehindert, seine Vorlesung fortzusetzen. Anschließend wurde auf mehrheitlichem Beschluß der anwesenden Hörer seine Kanzlei besetzt, was zum Einsatz der Staatspolizei führte, die unter Androhung von Gewalt den Abbruch der Besetzung erzwang.

Zwei Tage später wurde zum zweitenmal innerhalb weniger Wochen gegen die Studienordnung gestreikt. Wieder kam es zu Auseinandersetzungen vor allem mit Prof. Großer. Im Protokoll, das der Anzeige zugrunde liegt, werden gerade jene Leute beschuldigt, die einigen Professoren durch ihr politisches Engagement schon längere Zeit ein Dorn im Auge waren. Es enthält einige falsche Darstellungen; z.B. wurde ein Student angezeigt, der an beiden Aktionen nicht beteiligt war. Die Anklage wegen "Sachbeschädigung" entbehrt völlig jeder Grundlage.

Die Absicht, mit der die Anzeige erstellt wurde, ist es, einen Präzedenzfall zu schaffen: Einzelne Studenten, die sich im Kampf gegen Studien-

ordnungen und gegen die Methoden gewisser Professoren besonders einsetzen, werden herausgegriffen und exemplarisch bestraft. Dies führt in der Konsequenz dazu, daß bereits kritisches Auftreten in einer Lehrveranstaltung als kriminelles Delikt zivilrechtlich geahndet werden kann.

Die Gefahr wurde erkannt und es gab Protestkundgebungen. Am 23. Jänner wurde auf Grund des Beschlusses einer Hörerversammlung eine Demonstration zum Justizministerium abgehalten, auf der die Einstellung mehrerer gerichtlicher Verfahren gegen Studenten gefordert wurde. Überraschenderweise wurde nämlich ein Verfahren gegen einen Salzburger Studenten wieder aufgenommen. Die Hauptverhandlung findet wie bei einem weiteren Fall in Wien in den Semesterferien statt. Der Justizminister erklärte einer Delegation von Demonstranten, die Sachverhältnisse müßten nochmals überprüft werden, die Verfahren aber laufen weiter (genausogut hätte er gar nichts sagen können).

Gründe für die relativ geringe Beteiligung an den bisherigen Protestaktionen dürften einerseits die zu Semesterende einsetzende Prüfungs-

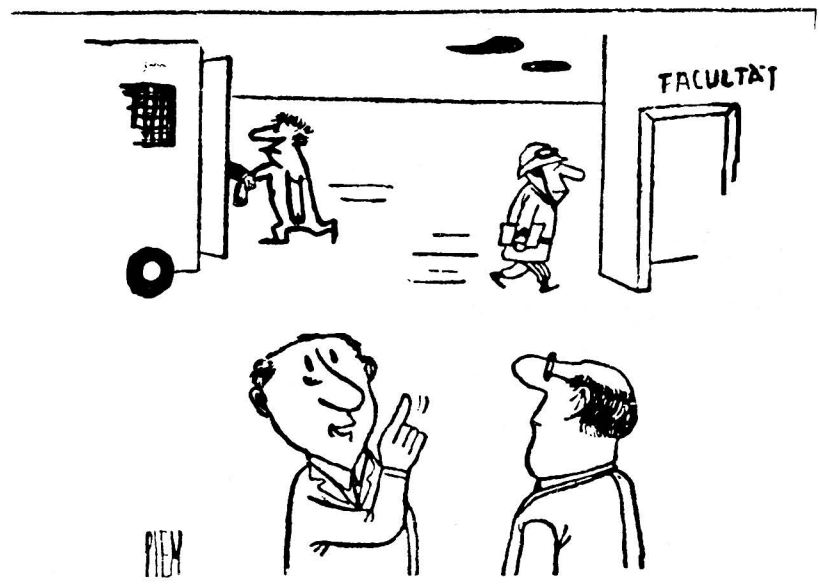
zeit, andererseits das Überangebot an politischen Veranstaltungen an der Universität sein.

Anlässlich der Einvernahme der Physik- und Mathematikstudenten am 27. Jänner 1975 wurde eine Demonstration zum Landesgericht beschlossen. Falls die Einvernahme tatsächlich zu einer Verhandlung führen sollte, werden weitere Aktionen auf breiter Basis notwendig sein.

Letzte Meldung:

ARCHITEKTEN TRETEN IN UNBEFRISTETEN STREIK

Um die schikanösesten Elemente der neuen Studienordnung, die drei Semester-Frist und die Sechs-Semester-Klausel (zeitliche Beschränkungen im Zusammenhang mit Prüfungen, die bereits bewirkten, daß mehrere Studenten an der Architektur von der Exmatrikulation bedroht sind) abzuwehren, sind die Architekturstudenten in einen unbefristeten Streik getreten. Obwohl die Bewegung gegen die Studienordnungen gegen das Diplomprüfungssystem als ganzes gerichtet ist, wird von der Solidarität aller Betroffenen viel abhängen.



„mein Vorschlag zur Studienreform: Die Studenten ins Kommissariat und die Polizisten auf die Universität!“

Liebe Genossen,

Ihr bringt auf S. 19 in Eurer letzten Ausgabe eine Notiz über angeblichen "Nachhilfeunterricht" des Genossen Mandel für "bundesdeutsche Bosse". In einer Oktobernummer von "Was Tun", Zeitung der Gruppe Internationale Marxisten, deutsche Sektion der IV. Internationale, schreiben die deutschen Genossen zu diesem Thema:

"'Managerschulung' nennen die Extradienst-Genossen das. Sie verschweigen, daß es sich nicht um einen für Unternehmer zurechtgemachten Marxismus-Kurs handelte, sondern um ein Streitgespräch zwischen dem Jesuiten Rupert Lay, dem rechten Sozialdemokraten Ehrenburg und E. Mandel. Sie verschweigen, daß der Wortlaut dieser Diskussion in der neuen Ausgabe des Manager-Magazins nachlesbar ist. Ist diese Diskussion eine Managerschulung? Wenn ja, dann schrieb Karl Marx mit dem Kapital die beste Managerschulung (übrigens didaktisch sehr gut aufgebaut). Der Extradienst verschweigt, daß die Diskussion Mandel/Ehrenburg/Lay in Luxemburg, wohin die Unternehmer wegen Mandels Einreiseverbot reisten, für Mandels Rechtsstreit gegen die BRD-Regierung (Einreiseverbot) wichtig ist, da die juristische Argumentation sich auf Behinderung in der Ausübung des Berufs (§1 Aufenthaltsgesetz/EG) bezieht. Auf diesen Punkt sollten die Genossen eingehen - und nicht darauf, wie 'charmant' einzelne bürgerliche Charaktermasken Mandel fanden.

Für eine ehrliche Diskussion ist hier die Kernfrage: Ist der Marxismus eine Geheimbündelei, eine schwarze Magie, die die Öffentlichkeit scheut? Hilft es den Unternehmern und Managern, wenn sie wissenschaftlich begründet erfahren, daß sie Ausbeuter sind, die bürgerliche Gesellschaft eine Klassengesellschaft ist, daß die Profiteure, Stachel der Produktion, tendenziell sinkt und damit die Grundlage dieser Gesellschaft, daß diese Gesellschaft letztendlich historisch überholt ist und eine Zukunft für die Menschen lediglich im Sozialismus liegt? Und weil Ihr gerade Schuß seid, berichtet Ihr von "Behauptungen", wo-

nach die Socialist Workers Party, die auf Grund der reaktionären amerikanischen Gesetze am Beitritt in die IV. Internationale verhindert wird, aber in politischer Übereinstimmung mit ihr arbeitet, "von Spitzeln unterwandert ist". Fragt sich nur, wer das behauptet und was damit bezweckt wird. Eine solche Anschuldigung gehört so ziemlich zu den schwersten, die man gegen eine revolutionäre Organisation machen kann, wird sie doch jedermann mit den entsprechenden politischen Schlußfolgerungen verbinden. Die SWP war die Hauptkraft in der amerikanischen Vietnambewegung, die immerhin einige Millionen Menschen auf die Straße gebracht hat, sie führt zur Zeit als einzige amerikanische revolutionäre Organisation eine nationale Kampagne gegen die rassistische Offensive in Boston und hat bezeichnender Weise bereits in den Anfangsphasen des Watergate-Skandals eine Kampagne gegen die Nixon-Administration, die CIA und FBI-Spitzen wegen deren Bespitzelung und Provokation der Linken gestartet. Eingeschleuste Polizeispitzel - das beweisen die Erfahrungen der Arbeiterbewegung - finden dort ein privilegiertes Betätigungsfeld, wo sie als Provokateure wirken können. Sicherlich ist niemand gegen die Infiltration von Polizeispitzel gefeit, das waren bekanntlich auch die Bolschewiki nicht, aber die "Unterwanderung durch Spitzel" als das Charakteristikum einer Organisation anzugeben und daraus noch deren politischen Einfluß abzuleiten ohne nur den Schimmer eines Beweises, das ist doch etwas stark.

Mit revolutionären Grüßen

Raimund Löw

wir meinen...wir me

Oben abgedruckter Leserbrief ist um unwesentliche Passagen gekürzt worden. Um den Anfang und den Schluß. Inhalt des Anfangs: bei "Dreckschleuderkampagnen mitzunaschen". Des Schlusses: "...ernsthaft mit dem revolutionären Marxismus und der Vierten Internationale auseinandersetzen"; "Verleumdungen gefrost den Stalini-

sten überlassen". Wird gemacht, Mann!

Was den Kern der Sache betrifft: in welchem Rahmen sich der Mandel-Auftritt ereignete, ist unwesentlich. Es war eine Veranstaltung für einen exklusiven Zuhörerkreis von "bürgerlichen Charaktermasken". Welchen Gewinn diese davon hatten und welchen Mandel, lassen wir auch dahingestellt. Die Tätigkeit jedoch des Verfassers des "Kapital" und Mandels Leidenschaft für Diskussionen vor bürgerlichen Charaktermasken auf eine Ebene zu stellen, zeigt genau den Haken, auf den wir mit unserer Glosse hinweisen wollten. Denn jede nicht-konspirative Tätigkeit ist freilich offen in dem Sinn, daß sich jeder zu ihr Zugang verschaffen kann. Das Subjekt, der Träger der Tätigkeit kann sich dem nicht immer entziehen. Aber es bestimmt sich selbst und wird bestimmt durch den Adressaten, an des es sich selbst wendet. d. h.: "Das Kapital" kann sich jeder, der das nötige Geld hat - Kapitalist, Polizist, Prolet - kaufen. Marx wäre es aber sicher nicht eingefallen, seine revolutionären Theorien vor einem ausgesuchten Kreis englischer Kapitalisten und Aristokraten in einem Streitgespräch zu erörtern. Er suchte sein eigenes Publikum und fand es auch millionenfach unter Arbeiter, Bauern und Intellektuellen.

Was die SWP betrifft, ging es keineswegs um ihre "Charakterisierung" als eine durch und durch von Spitzeln unterwanderte Organisation. Sie wurde mit ihren Schwierigkeiten (die Gen. Löw besser bekannt sein dürften als uns) als eine der von CIA- und FBI-Praktiken betroffenen relevanten linken Gruppen in den USA erwähnt.

Der Leserbrief schließlich dokumentiert die Tendenz unserer "revolutionären Avantgarden", kritische Äußerungen zu ihrer Erscheinung und ihrem Wesen als organisierten Angriff auf ihre Existenz aufzufassen und entsprechend verzerrt zu reagieren. Was übrigens in krassem Gegensatz zu ihrer eigenen Praxis steht, jede außerhalb von ihr stehende verwandte Gruppierung abzuqualifizieren, lächerlich zu machen, unter Umständen mit allen Mitteln zu bekämpfen.

(Aus TOP XI/74)

Außergewöhnliche Karrieren

Als ein im In- und Ausland vielbeachtetes Phänomen gilt seit langem die Bevorzugung bürgerlich-liberaler Politiker durch Österreichs Sozialistenchef, Bundeskanzler Kreisky. Immer wieder beschäftigt sich auch die bürgerliche Presse damit, wie jüngst Kurt Vorhofer, der am 15. Oktober in der Grazer „Kleinen Zeitung“ folgende Bilanz zog: „... Auf der Liste aller jener ‚Bürgerlicher‘, die durch Protektion der Kreisky-SPÖ etwas geworden sind, gibt es schon recht beachtenswerte Namen: Rudolf *Kirchschläger*, zuerst Außenminister und jetzt Bundespräsident; Erich *Bielka-Karltru*, Außenminister; Karl F. *Lütgendorf*, Verteidigungsminister; Hans *Kloss*, Präsident der Nationalbank; Franz *Geist*, Generaldirektor der ÖIAG; Heinz *Sernetz*, Generaldirektor der Alpine und hierauf Generaldirektorstellvertreter der VOEST-Alpine; Otto *Seidelmann*, Generaldirektorstellvertreter der ÖBB; Emil *Spannocchi*, Armeekommandant; und als vorläufig letzter Otto *Oberhammer*, provisorischer Generalintendant des ORF. Diese Liste ist nicht annähernd vollständig; es fehlen beispielsweise die Namen vieler hoher Beamten, die, obzwar der ÖVP angehörend oder ihr nahestehend, in den letzten Jahren außergewöhnliche Karrieren machten. – Karrieren, die ihnen zwar von der Qualifikation her möglicherweise gebührten, die aber dienstrechtlich nicht selbstverständlich waren ...“

Vielleicht resultieren diese „außergewöhnlichen Karrieren“ aus dem Mangel an geeigneten Kräften in der SPÖ...

Ein andere Erklärung wäre die, daß Kreisky die Große Koalition auf seine Art bereits praktiziert – mit jenen Männern des bürgerlichen Lagers, die ihm behagen. Wer ein guter Bürgerlicher ist, bestimmt danach Kreisky – und eben nicht Schleinzler und die ÖVP...

Kreisky will nämlich unter keinen Umständen koalieren. Das kann er nur vermeiden, wenn er die „liberalen“ Wechselwähler auf seine Seite zieht. Kreisky ist ein kluger Mann, um nicht zu sagen, ein Schlaumeier. Sollte er sich trotzdem verrechnen, darf man gespannt sein, wieviele „Sozis“ eine schwarz-blaue Koalitionsregierung in Amt und Würden berufen wird. Schon so mancher mußte es vermerken, daß „Undank der Welt Lohn ist“....

PÄDAGOGIKUM

Im Sommersemester 1974 versuchte das Wissenschaftsministerium, eine neue Studienordnung für die pädagogische Ausbildung zukünftiger Lehrer durch die Begutachtungsmaschinerie zu schleusen. Unter dem Druck studentischer Aktionen kam es damals zu Zusagen des Ministeriums, den Entwurf vorläufig zurückzunehmen. Nun soll der im wesentlichen unveränderte Entwurf während der Semesterferien durchgesetzt werden, offensichtlich um die Studenten vor vollendete Tatsachen zu stellen: Gesetzliche Basis ist der § 10 des Philosophengesetzes, der Zeitpunkt und Dauer des Schulpraktikums festlegt. Dieses Schulpraktikum wird durch die Studienordnung verschärft, die festlegt, wie die Praxis im einzelnen aussieht. Die Studenten haben nach diesem Entwurf praktisch keine Möglichkeiten mehr, sich während ihres Studiums mit den Möglichkeiten fortschrittlicher Berufspraxis zu beschäftigen. Die Schulbehörden haben das Recht, jeden Studenten, dessen Unterrichtsführung nicht ihren Vorstellungen entspricht, an der Fortsetzung seines Studiums zu hindern. Weiters bestimmen die Behörden den Ort des 12-Wochen-Praktikums; wie sich die Studenten den Aufenthalt finanzieren und welche Wünsche sie bezüglich Ort, Zeit und Gestaltung haben – das ist den Behörden völlig egal. Ergänzt wird das Ganze durch

hohe Anforderungen in pädagogischer Theorie, die bei den derzeitigen Verhältnissen an den pädagogischen Instituten (Wien: rigide Aufnahmebedingungen, für fast alle Lehrveranstaltungen persönliche Anmeldungen, schikanöse Zwischenprüfungen, reaktionäre Lehrinhalte) einen zusätzlichen Selektionsmechanismus darstellen.

Die Studenten sind nicht untätig geblieben: Streiks in Graz und Salzburg, eine Hörerversammlung in Wien und weitere Solidaritätsaktionen in anderen Hochschulen sind der Auftakt zu weiteren Auseinandersetzungen. Wenn es gelingt, die Bewegungen gegen die Studienordnungen, die an ihrer Vereinzeltheit heute hier, morgen da auflammen, zu vereinheitlichen, ohne sie zu zer-"politisieren"(wie an den soziologischen Instituten, wo die "Linienkämpfe" dazu geführt haben, daß Diskussionsveranstaltungen und Hörerversammlungen zum Plauderstündchen von Organisationsvertretern werden, während das Gros der Studenten, angewidert von den gegenseitigen Entlarvungen von MLS und KSV, diverse Privatlösungen sucht und die politische Öffentlichkeit meidet) – dann wird möglicherweise der massive Zugriff der Bourgeoisie an den Hochschulen abgewehrt werden können und die fortschrittliche Studentebewegung einen Erfolg erringen.

Bestellkarte

ICH ABONNIERE "OFFENSIV LINKS" FÜR EIN JAHR

NAME

ADRESSE

PREIS: INLAND S 50,--
AUSLAND S 50,-- UND PORTO

BITTE AUSSCHNEIDEN UND AN

1040 WIEN, BELVEDEREGASSE 10 SCHICKEN.

